

Sawalat Scherbakow Der Bildhauer bevölkert Moskau mit Riesen. Von David Hesse

Gewaltig steht Kalaschnikow

Sein Metier sind russische Helden, überlebensgross in Eisen oder Bronze. Grossfürst Wladimir, der die heidnische alte Rus im 10. Jahrhundert zum orthodoxen Christentum führte, Zar Alexander I., der Bezwingler Napoleons, aber auch Wladimir Schuchow, der geniale Ingenieur der frühen Sowjetunion: All ihre Statuen stehen heute in Moskau, erschaffen von Sawalat Scherbakow, aufgestellt im letzten Jahrzehnt. Nach Ende der Sowjetunion stürzten die Russen ihre Statuen. Unter Putin wird das Heldenvakuum neu gefüllt. Slawennebel, Zarenglanz, Sowjettechniker.

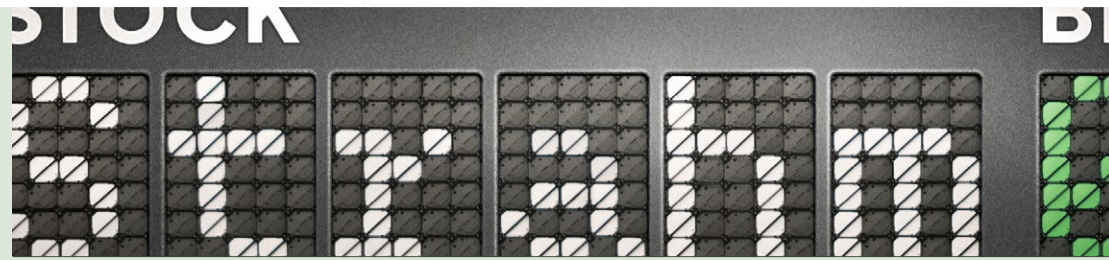
Diesen Monat folgt nun Michail Kalaschnikow, der 2013 verstorbene Erfinder des vollautomatischen AK-47-Gewehrs. 7 Meter hoch ist sein Denkmal, im Stil des guten alten Realismus, jede Falte seiner Windjacke gut sichtbar, das Gewehr hält er in den Händen. Es soll beim Gartenring im Zentrum zu stehen kommen, in der Waffengasse.

Für Bildhauer Scherbakow war Kalaschnikow ein klarer Held. «Seine Waffen waren gemacht, um das Böse zu bekämpfen», sagte er dem russischen Fernsehkanal Doschd. Doch so einfach ist das nicht. Michail Kalaschnikow war zwar stolz auf den Weltruhm seiner Waffe, dass sie etwa auf der Nationalflagge Moçambiques verewigt ist. Doch zugleich verfolgten ihn in seinen Träumen die Kindersoldaten, die mit seinem kinderleicht zu bedienenden Gerät hantierten: «Ich frage mich immer wieder: Wenn mein Gewehr Menschen das Leben genommen hat, kann es dann sein, dass ich, ein Christ, für ihren Tod die Schuld trage?» Dies schrieb Kalaschnikow vor seinem Tod an das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche.

Bildhauer Sawalat Scherbakow ist 62 Jahre alt, ein gut aussehender Mann mit grauem Bart, Mitglied der russischen Akademie der Künste. Er hat ein Talent, öffentliche Ausschreibungen zu gewinnen, schreibt vorsichtig die Moskauer Presse. Russlands Präsident Wladimir Putin hat mehrere seiner Plastiken persönlich eingeweiht.

Die Bevölkerung aber tut sich schwer mit den Riesenstatuen; sie leidet immer noch unter dem monströsen, 98 Meter hohen Bildnis Peters des Grossen, das der Künstler Surab Tsereteli 1997 in der Moskwa errichten durfte. Gegen Scherbakows 17,5 Meter hohen Grossfürsten Wladimir gab es vor zwei Jahren eine Unterschriftensammlung. Die geplante Platzierung auf den Sperlingsbergen sorgte für Ärger; die Figur dränge sich in den schönsten Blick auf die Stadt, verschandle die Skyline. Nun steht sie an der Kremllmauer, Wladimir neben Wladimir, in der einen Hand ein Schwert, in der anderen das Kreuz.

Scherbakows Kunst wird politisch diskutiert. Seine Wladimir-Statue war eine Botschaft an die Ukraine, wo der Fürst der Kiewer Rus ebenfalls verehrt wird: Russland ist grösser als seine Grenzen. Und die Ehrung Michail Kalaschnikows legt nahe, dass Russland auf seine Rüstung stolz sein soll. Pazifisten stehen nicht auf Sockeln.



Kolumne Rudolf Strahm

Rentenalter 67 verhindern

Diese Abstimmungsvorlage zur Rentenreform ist extrem komplex. Jeder Befürworter findet darin gute Argumente für ein Ja. Und jeder Gegner kann daraus seinen Grund für die Ablehnung herauspicken. Man fragt sich, warum die Vorlage so umfangreich und komplex geraten sei. Der Grund ist der 22-jährige Reformstau.

Von 1948 bis zur letztmals erfolgreichen 10. AHV-Revision 1995 war die AHV-Gesetzgebung im Durchschnitt alle fünf Jahre angepasst worden; und von da an 22 lange Jahre nicht mehr. Dreimal wurden Rentenreformen vom Volk abgelehnt, weil sie unausgewogen waren. Die jetzt vorliegende Rentenreform ist eine Kompromissvorlage. Jedes politische Lager hat einige seiner Vorstellungen eingebracht, und jedes muss auch eine Kröte schlucken.

Diese Rentenreform sichert die Altersrenten nur bis etwa 2030. Das ist ein Mangel, da stimme ich mit den Kritikern überein. Aber ein Reformkompromiss ist besser als eine erneute Nulllösung. Denn je länger man heute zuwartet, desto teurer wird morgen die Nachfinanzierung für die Generation der Jungen.

Um diese Reform wurde sechs Jahre gerungen. Ein politischer Fantast ist, wer glaubt, nach der Ablehnung würde flugs eine mehrheitsfähige Alternative auf den Tisch kommen.

Bei aller Komplexität, inhaltlich sind in dieser Rentenvorlage zwei Säulen zentral: Sie dient der Rentensicherung, und sie verhindert das Rentenalter 67.

Beweis ist die Vorgeschichte. Im Nationalrat beantragten die Freisinnigen vor einem Jahr mit dem Antrag von Regine Sauter, Direktorin der Zürcher Handelskammer, ein Gegenkonzept zum Ständerat mit den Forderungen: erstens eine automatisierte Erhöhung des Rentenalters für alle auf 67, versteckt mit einer sogenannten Stabilisierungsformel. Und zweitens eine teurere Zusatzfinanzierung über die zweite Säule. Der mehrheitlich bürgerliche Ständerat verhinderte dieses FDP-Konzept, weil es, wie die Berechnungen ergaben, teuer war und die AHV zwei Jahre früher in die roten Zahlen treiben würde als die Ständeratslösung, über die wir am 24. September abstimmen.

Gegner wollen Rentenalter 67

Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 war die Hauptforderung des Arbeitgeberverbands und der Bürgerlichen bereits vor der Reform. In der Befragung vor den Wahlen 2015 erklärten sich 80 Prozent aller FDP- und SVP-Nationalratskandidaten «für» oder «eher für» die Erhöhung des Rentenalters. Man weiss jedoch, dass diese Erhöhung fern jeder arbeitsmarktlichen Realität liegt. Arbeitnehmer werden im Durchschnitt ein bis zwei Jahre vor dem offiziellen Rentenalter in Pension geschickt, Banker werden gar mit 60 Jahren pensioniert. Und wer heute mit 50 oder 55 entlassen wird, findet schwerlich noch eine feste Anstellung.

Wird diese Reform scheitern, werden die Gegner der Vorlage ihr Hauptanliegen Rentenalter 67 durchdrücken. Wer das Pensionierungsalter 67 nicht will, hat mit der jetzigen Abstimmung wohl die letzte Chance zur Verhinderung eines Erhöhungsautomatismus.

Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss hat öffentlich die Vermutung geäussert, dass die Gegner der Vorlage mit dem Reformaufschub die Rentenkassen aushungern wollen. Unter dem wachsenden Defizitdruck würden sie eine Abbauvorlage nach ihrem Gusto durchdrücken. Auch Alt-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf warnt in der «SonntagsZeitung» davor, «unsere Sozialwerke an die Wand zu fahren». Die NZZ, die sich als Kampfblatt gegen die Rentenreform profiliert, riet am Wochenende: «Den Handlungsdruck hochhalten.» Mit andern Worten, die Kassen aushungern lassen und danach den Spardruck zum Abbau ausnützen.

Nach dem Gesetz muss der AHV-Reservefonds etwa die Höhe einer ganzen Jahresrentenzahlung bewahren, heute etwa 45 Milliarden Franken. Nun möchte der private Besitzer des Blättchens «K-Tipp», René Schuhmacher, den AHV-Fonds bis auf 10 Milliarden schmelzen lassen und erst dann

handeln. Das ist verantwortungslos. Sein «K-Tipp», den er in alle Haushalte gratis streuen liess, strotzt vor Fehlrechnungen. Er hat damit viel Glaubwürdigkeit verspielt.

Die FDP hat mit ihrem «Plan B nach der Ablehnung der Rentenreform» deutlich gemacht, dass sie die unvermeidliche Rentensenkung bei den Pensionskassen mit Kompensationsmassnahmen über die zweite Säule ausgleichen und finanzieren will. Angesichts der permanent tiefen Zinsen fehlt bei der zweiten Säule heute der dritte Beitragszahler, nämlich die Kapitalerträge. Letztere werden durch Vermögensverwaltungskosten aufgefressen.

Diese Art Rentenbildung ist teurer. Wenn 1000 Franken Rente generiert werden müssen, kostet es über die zweite Säule heute markant mehr als über die AHV. Deshalb sagen alle Unternehmer- und Gewerbeverbände in der Westschweiz Ja zur heutigen Vorlage. In der deutschen Schweiz manifestiert sich der Arbeitgeberverband entgegen solchen Unternehmerinteressen als Hardliner gegen die Reform.

Die vorgesehene Kompensation der Rentensenkungen bei der zweiten Säule über die AHV kommt für alle billiger. Die Bundesverfassung fordert, die berufliche Vorsorge (Pensionskassen) und die AHV müssten «zusammen die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen» (BV 113). Deshalb hat der Ausgleich der Rentensenkungen bei den Pensionskassen durch die 70 Franken AHV-Rentenzuschlag eine verfassungsmässige Logik. Dass sich die FDP daran stört, liegt auf der Linie ihrer Geschichte: Der Freisinn hatte schon 1947 die Einführung der AHV bekämpft und an ihrer Stelle eine private Altersvorsorge gefordert.

Frauenrentenalter, Mehrwertsteuer

Viele stören sich an der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, was von den Parteien nicht bekämpft wird. Aber für die betroffenen Frauen ist eine doppelte Kompensation vorgesehen: einmal durch die Erweiterung der Pensionskassenpflicht. 500 000 erwerbstätige Frauen haben wegen zu kleinen Einkommens keine Pensionskasse. Dieser Missstand wird mit der Reform korrigiert. Zudem bedeuten auch 70 Franken mehr Monatsrente gerade für tiefe Fraueneinkommen einen Beitrag der Solidarität.

Die welsche Linke führt noch ihre eigene Kampagne gegen die geringfügige Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8,0 auf 8,3 Prozent. Schädig, dass auch freisinnige Politiker diese plötzlich schlechtreden. Die Mehrwertsteuer ist nicht unsozial, denn Wohnungsmieten, KV-Prämien, Bildung und alle Versicherungsprämien sind gänzlich steuerbefreit. Und für alle Lebensmittel, Medikamente, Bücher, Kultur gilt der dreimal tiefere Sondersatz von 2,5 Prozent. Wer einen 100-Franken-Wocheneinkauf bei Migros oder Coop tätigt, zahlt mit dieser Revision 20 Rappen mehr in die AHV-Kasse.

Die Ablehnung dieser Kompromissvorlage - es wäre die vierte Ablehnung in Folge - führte bloss zur Verunsicherung und Instabilität der Renten. Eine Verschiebung wird nicht besser, aber sie kostet alle, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Junge und Alte, mehr. Einmal sollte man sich zusammenraufen. Mit Verstand und Herz - für den sozialen Zusammenhalt!

«Ein Kompromiss ist besser als eine erneute Nulllösung.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.

Dieselskandal Die Autoindustrie wird weiter zur Kasse gebeten.

Von Edgar Schuler

Merkel lässt die Autobauer zahlen

Eine Milliarde Euro will Angela Merkel ab sofort gegen verpestete Luft in deutschen Städten ausgeben. Mit dieser Ankündigung hat die Kanzlerin gestern nochmals positive Schlagzeilen gemacht. Ihr Wahlkampf - kann man fast ohne böse Hintergedanken sagen - läuft weiter wie geschmiert. Das Geld allerdings ist nicht nur ein feines Wahlkampfeschenck, sondern auch ein Stück merkelsche Realpolitik. Und die ist lehrreich auch für die Schweiz.

Den milliardenschweren Fonds «Nachhaltige Mobilität für die Stadt» will Merkel nämlich nur zur Hälfte aus der Steuerkasse bezahlen. Die deutsche Autoindustrie wird die andere Hälfte berappen müssen. Dies als Teil der Abbitte, welche die Autobauer für «Dieselgate» leisten sollen: ihre illegalen Machenschaften beim Schadstoffausstoss ihrer Dieselaautos. Darüber ist Merkel «stinksauer», wie sie im Fernsehduell mit Herausforderer Martin Schulz sagte. Und sie will die Industrie dafür zahlen lassen.

Zu viel Stickstoffdioxid

Die Tricks der Autobauer sind tatsächlich ein Grund dafür, dass die Städte immer noch unter zu viel Stickoxid in der Luft leiden. Das gilt auch in der Schweiz: Der jüngste Umweltbericht der Stadt Zürich hält fest, dass die Belastung durch Stickstoffdioxid zwar zurückgegangen ist - aber weit weniger als erwartet. Die Erklärung: Aus den Auspuffen der Dieselflotte entweichen weit mehr Schadstoffe, als Autobauer und überpölpelte Prüfbehörden angeben.

Der Ablasshandel Merkels mit der Autoindustrie soll einerseits konkrete Verbesserungen schaffen, indem er schadstoffarmen Verkehr in den Städten fördert. Er hat andererseits aber auch ein taktisches Ziel: Merkel will ein Verbot von Dieselfahrzeugen verhindern. Ein solches droht ganz konkret in der Mercedes-Stadt Stuttgart und in der BMW-Metropole München. In Deutschland lässt sich nämlich die Einhaltung der Grenzwerte juristisch erstreiten. In den beiden Städten haben sich nun Gerichte für ein Verbot von Fahrzeugen entschieden, die die Grenzwerte nicht einhalten.

Ruinöses Verbot

Schon die Ankündigung der Verbote hat die Occasionspreise von Dieselfahrzeugen in den Keller geschickt - zum Leidwesen ihrer Besitzer. Und diesen kann man keinen Vorwurf machen, weil sie Autobauern und Behörden glaubten, sie würden umweltfreundliche Fahrzeuge kaufen. Falls sich Dieselvebote in ganz Deutschland oder in der ganzen EU verbreiten, wäre dies ruinös - nicht nur für unschuldige Fahrzeughalter, sondern auch für die deutsche Autoindustrie insgesamt.

Indem sie sich gegen ein Dieselvebot stemmt und die Fahrzeugbauer für ihre Strategie bezahlen lässt, beweist Merkel Realitätssinn. Eines lässt sich nämlich nicht wegdiskutieren: Nur wenn Deutsche (und Schweizer) praktisch von einem Tag auf den anderen auf die gewohnte Mobilität für Arbeit und Vergnügen verzichten, werden Schadstoff- und Klimaziele schnell zu erreichen sein. Aber dann droht der wirtschaftliche Kollaps mit unvorstellbaren sozialen Folgen. Deutschland (und die Schweiz) werden noch auf Jahrzehnte hinaus auf benzin- und dieselfetriebenen Verkehr angewiesen sein. Es wird im ersten Schritt darum gehen, diese Motoren so umwelt- und klimafreundlich wie möglich zu machen. Im zweiten kann Elektromobilität ihre Aufgaben übernehmen. Aber dafür braucht es keine rabiaten Verbote, sondern eine gesunde, forschungswillige Autoindustrie.

TA-Tagung Zukunft der Mobilität

Internationale Experten und Entscheidungsträger diskutieren auf Einladung des «Tages-Anzeigers» die Zukunft der Mobilität nach dem Dieselskandal und vor der Elektromobilität. Die Tagung «Mobilität 2017 - Paradigmenwechsel für die Zukunft» findet am 19. September im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüslikon statt. Diskutiert werden künftige Geschäftsmodelle, digitale und soziale Innovationen. Ein Schwerpunkt sind raum- und verkehrsplanerische Aspekte für eine nachhaltige Mobilität.



Infos und Gewinnspiel Zum Programm der Tagung mit Verlosung von fünf Tickets

mobilitaet.tagesanzeiger.ch